

Harald Mahrer

MEHR DENN JE.

FREIHEIT
VERANTWORTUNG
SOLIDARITÄT
CHANCENGERECHTIGKEIT
EHRlichkeit

WIR SIND DAFÜR.


JULIUS
RAAB
STIFTUNG

edition noir

Harald Mahrer

MEHR DENN JE.

FREIHEIT
VERANTWORTUNG
SOLIDARITÄT
CHANCENGERECHTIGKEIT
EHRlichkeit

WIR SIND DAFÜR.

JULIUS RAAB STIFTUNG

Sämtliche Ausführungen gelten natürlich in gleicher Weise für beide Geschlechter.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 3. aktualisierte Auflage, 2023 Verlag noir, Wien
Verlag noir, Tivoligasse 73, 1120 Wien
www.verlagnoir.at

Herausgeber:
Julius Raab Stiftung, Kärntner Straße 8/6, 1010 Wien
www.juliusraabstiftung.at

Redaktion: Christoph Robinson, Tien Thành Nguyen, Levente Szalay

Grafik und Satz: Doris Zemann

Lektorat:
Arnold Klaffenböck

Druck:
Medienfabrik Graz-Wien

Printed in Austria
ISBN 978-3-9504939-6-2



Vorwort

Seite 7

Kapitel 1

Die Renaissance der Freiheit

Seite 9

Kapitel 2

Die Notwendigkeit der Verantwortung

Seite 17

Kapitel 3

Die Zukunft der Solidarität

Seite 27

Kapitel 4

Zeit für Chancengerechtigkeit

Seite 37

Kapitel 5

Die Pflicht zur Ehrlichkeit

Seite 45

Literatur & Verweise

Seite 53

Vorwort

Vor über zehn Jahren hat die Julius Raab Stiftung mit einer Essay-Reihe eine Werte-Debatte gestartet, in deren Mittelpunkt die Werte Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Chancengerechtigkeit und Ehrlichkeit standen. Die mehrteilige Essay-Reihe sollte einen Beitrag zur programmatischen Weiterentwicklung bürgerlicher Politik leisten und wurde in diesem Sinn auch intensiv rezipiert. Es folgten Diskussionsreihen in ganz Österreich unter Einbindung von Vertretern der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Gemeinsame politische Initiativen mündeten in neuen zukunftsweisenden Programmen und in konkreten Gesetzesvorhaben, wie beispielsweise der Reform des gemeinnützigen Stiftungswesens in Österreich oder einer Open-Innovation-Strategie, die von der EU-Kommission für ganz Europa aufgegriffen wurde.

Heute, mehr als ein Jahrzehnt später, zeigt sich, dass diese Werte wichtiger denn je sind. Die Handlungsfelder, in denen Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Chancengerechtigkeit und Ehrlichkeit zentral sind, haben sich erweitert. Aktuelle Themenfelder wie Russlands Krieg gegen die Ukraine, die Corona-Pandemie, die Energiewende, die Rolle des Staates und innenpolitische Entwicklungen haben deutlich gemacht, dass Werte als Orientierungsgrundlage für zukunftsorientierte Politik dringend gebraucht werden.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Julius Raab Stiftung dazu entschlossen, ein Update ihres Werteprojektes vorzunehmen. Als Einstieg in eine breite Debatte präsentiert der vorliegende Band ein aktualisiertes „Werteportfolio“ jener Werte, die für Österreichs künftigen Weg entscheidend sein werden, weil sie

unsere Handlungsfähigkeit in Zukunft sichern und erweitern. Wir brauchen in vielerlei Hinsicht neue Handlungskraft für eine Zukunft, die unseren Vorstellungen entspricht, und in welcher der soziale Friede gesichert ist. Werte und Souveränität in der Zukunft gehen mehr denn je Hand in Hand – in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht. Ohne Werte bauen wir unsere Zukunft auf Treibsand. Mit Werten haben wir Fundament und Leitplanken für eine Zukunft, in der wir handlungsfähig sind und bleiben.

In diesem Sinn: Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Chancengerechtigkeit, Ehrlichkeit – wir sind mehr denn je dafür! Wir laden Sie ein: Denken Sie mit. Machen Sie mit.

Martha Schultz
Präsidentin
der Julius Raab Stiftung

Harald Mahrer
Präsident des Wirtschafts-
bundes und Autor

Die Renaissance der Freiheit

Die längste Zeit war der Wert der Freiheit für uns alle eine Selbstverständlichkeit. Von den einen mehr, von anderen weniger geachtet. Die Corona-Pandemie und der Russland-Ukraine-Krieg haben dies binnen zwei Jahren massiv verändert. Wir haben eine Renaissance des Freiheits-Diskurses erlebt, dem nun Taten folgen müssen.

Covid-19 hat nicht nur unser Gesundheitswesen auf den Prüfstand gestellt, sondern auch unsere liberale Demokratie. Umso wichtiger war und ist, immer sehr genau zu prüfen, welche staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung notwendig waren bzw. wirklich noch notwendig sind, um staatliche Zwangsmaßnahmen wieder Schritt für Schritt zurücknehmen zu können.

Gesellschaftspolitische Aufgabe der Wirtschaft

Es ist keine Überraschung, dass sich die Vertreter der Wirtschaft besonders für die Rücknahme von Maßnahmen eingesetzt haben. Dabei ging es auch, aber nicht nur, um die Linderung der wirtschaftlichen Folgen der Krise. Im Einsatz für weniger staatliche Restriktionen ist auch die wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe der Wirtschaft zum Ausdruck gekommen. Die unternehmerische Freiheit ist schließlich eine wichtige Ausdrucksform persönlicher Freiheit. Wenn die Wirtschaft – aus welchen Gründen auch immer – unter Limitationen ihrer Handlungsspielräume leidet und diese kritisiert, muss man immer sehr genau hinschauen. Wir in der Wirtschaft sind ein Barometer für den Zustand der Freiheit.

Vor diesem Hintergrund war auch der Schulterschluss mit Kunst und Kultur in der Pandemiezeit sehr wichtig. Wirtschaft, Kunst und Kultur haben eine große Gemeinsamkeit: Sie sind existenziell auf Freiheit angewiesen – und daher gut beraten, an einem Strang zu ziehen, wenn die Freiheit auf dem Prüfstand steht. Grenzziehungen in diesen Bereichen sind heute oft nur theoretischer Natur. Wirtschafts- und Kulturbetrieb sind über viele Kontakte, Initiativen und Organisationen eng miteinander verbunden und agieren in artverwandten Kreativ- und Freiheitsräumen.

Kampf um Freiheit

Der zweite aktuelle Treiber des Freiheits-Diskurses ist der Russland-Ukraine-Krieg. Ein Paukenschlag, der die Nachkriegsordnung in Europa außer Kraft gesetzt hat. Das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, ihr Bekenntnis zur Demokratie und ihr Weg nach Westen war und ist Wladimir Putin, der liberale Werte ohnehin als Ausdruck westlicher Dekadenz sieht, ein Dorn im Auge.

Der Kampf der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg vor unserer Haustüre hat einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass Freiheit nicht auf immer und ewig gesichert ist, sondern im Extremfall auch erkämpft werden muss. Liberale Werte in Europa sind nicht bloß in der Theorie, sondern in der Praxis massiv und existenziell bedroht.

Die Welt von heute ist alles andere als ein Streichelzoo – und vom „Ende der Geschichte“ im Sinne Francis Fukuyamas weit entfernt. Wir leben in einer massiven Konkurrenz-Situation mit totalitären Staaten und ihren regionalen bzw. geopolitischen Ambitionen. Die liberale Demokratie mit ihrem Kernwert der Freiheit ist global unter Druck. Autokratische Regime offerieren andere Wege in die Zukunft als den Pfad der Demokratie. Wohlstand und Sicherheit auch ohne Freiheit und Mitbestimmung – das ist das global propagierte Narrativ Chinas.

Die liberale Demokratie westlicher Prägung ist und bleibt leuchtendes Vorbild, aber kein Automatismus für die prosperierende Entwicklung von Staaten. Umso wichtiger ist es, liberale Werte – allen voran den Wert der Freiheit – und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und zu verteidigen.

Treibstoff Freiheit

Wie wichtig der Wert der Freiheit für uns und unsere Entwicklung ist, zeigt auch der Blick in die (Ideen-)Geschichte: Der Erfolg unserer Zivilisationsgeschichte und eine Kultur der Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden. In der Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums liegt eine zentrale Innovationskraft gesellschaftlichen Fortschritts. „Individuen machen Geschichte, auch gerade mit ihrem Nonkonformismus gegenüber der sozialen Tyrannei. Uniformität und Gleichheit bedeuten hingegen Stillstand der historischen Entwicklung. Voraussetzung für die Herausbildung von Individualität und die Praxis eines eigenen Lebensplans ist die Freiheit eines jeden, zwischen verschiedenen Optionen unterscheiden und wählen zu können, sich von anderen zu differenzieren.“ Dieser Befund der Freiheitsforscherin Ulrike Ackermann ist gegenwärtiger und zeitloser denn je.

Wenn Individuen sich um ihr eigenes Glück und Wohlergehen kümmern, nehmen sie zugleich am Fortschritts- und Erkenntnisprozess teil. Sie produzieren damit allgemeines und öffentliches Wissen über die Möglichkeiten des guten Lebens, über dessen Varianten dann auch lauthals gestritten werden kann, so Ackermann.

Antriebsquelle ist dabei der eigene Wunsch, selbst ein gelingendes, glückliches Leben zu führen. Indem die Menschen entsprechend der Vielfalt der Charaktere und Meinungen ihren eigenen Lebensplan entwerfen und ihm folgen, schaffen sie überhaupt erst die Pluralität der Lebensstile, ein Kaleidoskop von Lebensmöglichkeiten, die alternativ zur Wahl stehen.

Gerade darin liegt die Voraussetzung für Produktivität, Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft, stellt die Freiheitsforscherin fest. Auf den Punkt gebracht: Freiheit ist der Treibstoff für Zukunft – für die Zukunft unserer Wirtschaft und unserer Demokratie.

Mehr „Freiheit von“

Auf die Frage, welche Konsequenzen wir aus den alten und neuen Bedrohungen der Freiheit ziehen, gibt es unterschiedliche Antworten. Die stärkere Auseinandersetzung mit Grundrechten ist zweifellos ein wichtiger Ansatz. Entscheidend dabei ist, dass wir Freiheitsrechte primär als das verstehen, als was sie sich entwickelt haben – als Abwehrrechte gegen Eingriffen. Dies wird im Konzept der „negativen Freiheit“ deutlich, wo es zuallererst um mehr „Freiheit von“ geht.

Ziel ist die Abwesenheit von Zwängen und Regulierungen für Menschen in ihren unterschiedlichsten Rollen. Als Bürger, Wissenschaftler, Künstler, oder eben auch als Unternehmer. Gerade in der Gestaltung des Wirtschaftslebens ist die größtmögliche Abwesenheit von Zwang ein wesentlicher Motor für eine positive Entwicklung. Wohlstand und Wachstum sind Funktionen der wirtschaftlichen Freiheit.

Nur neue Ansprüche?

Höchst problematisch wäre es hingegen, stetig neue Ansprüche in Form von Grundrechten zu verankern. Ein viel diskutiertes Beispiel dafür ist die Initiative des deutschen Autors Ferdinand von Schirach zur Einführung von sechs neuen europäischen Grundrechten. Schirach schlägt dabei folgende Rechte vor: 1. Jeder Mensch hat das Recht, in einer gesunden und geschützten Umwelt zu leben. 2. Jeder Mensch hat das Recht auf digitale Selbstbestimmung. Die Ausforschung oder Manipulation von Menschen ist verboten. 3. Jeder Mensch hat das Recht, dass ihn belastende Algorithmen transparent, überprüfbar und fair sind. Wesentliche Entscheidungen muss ein Mensch treffen. 4.

Jeder Mensch hat das Recht, dass Äußerungen von Amtsträgern der Wahrheit entsprechen. 5. Jeder Mensch hat das Recht, dass ihm nur solche Waren und Dienstleistungen angeboten werden, die unter Wahrung der universellen Menschenrechte hergestellt und erbracht werden. 6. Jeder Mensch kann wegen systematischer Verletzungen dieser Charta Grundrechtsklage vor den Europäischen Gerichten erheben.

Auch wenn Inhalte dieser Vorschläge überaus diskutierenswert sein mögen, kann es nicht sein, dass wir aus Grund- und Freiheitsrechten bloß einklagbare Ansprüche machen. Es geht nicht um neue „Rechte für“ etwas, sondern um sichere „Rechte von“ etwas.

Das zeigt auch der Blick in die Geschichte rechtlich verbürgter Freiheit: Bürgerliche, politische und wirtschaftliche Freiheit meinte immer Freiheit von staatlichem Zwang. Dies gilt auch für die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft. Die Geschichte der Freiheit war immer eine Geschichte der Begrenzung des Einflusses „von oben“ auf den Einzelnen. Wenn dem Staat schon Zugriffsrechte auf den Einzelnen zugestanden wurden, dann ging es stets darum, diesen Zugriff durch das Recht zu kontrollieren und beeinspruchen zu können. Das ist und bleibt Sinn und Zweck des liberalen Rechtsstaates.

Staats-Dosis macht den Unterschied

Wir stehen jedenfalls heute vor der Herausforderung, den Wert der Freiheit zu vertiefen und nachhaltig in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik abzusichern. Dazu gehört auch die Einsicht, dass staatliche Krisenhilfe und Interventionen kein Dauerzustand sind, sondern Antwort auf die Einschränkung wirtschaftlicher Freiheit. Die Wirtschaftshilfen zur Bekämpfung der Corona-Wirtschaftskrise und drohender Arbeitslosigkeit waren wichtig, richtig und wirksam. Aber: Es hat sich dabei um staatliche Maßnahmen für einen Ausnahmezustand gehandelt, in dem das Grundrecht der Erwerbsfreiheit massiv eingeschränkt wurde.

Ist es mit den staatlichen Restriktionen für die Betriebe vorbei, werden auch Unterstützungsmaßnahmen auslaufen müssen, weil die Erwerbsfreiheit wieder gegeben ist und genutzt werden kann. Ähnlich verhält es sich mit staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für Haushalte und Betriebe in Folge der zügellosen Entwicklung der Energiepreise in Verbindung mit dem Russland-Ukraine-Krieg. Auslöser sind extreme Rahmenbedingungen und gemeinsame politische Entscheidungen auf europäischer Ebene. Das ist jedem klar, der sich dem Thema der Krisenhilfen ordnungspolitisch nähert.

Gerade mit Blick auf die Entwicklung der Staatsschulden (82,3 Prozent des BIP 2021)¹ müssen wir auch darauf achten, die künftige staatliche Handlungsfähigkeit wieder zu gewährleisten. Dass Österreich während der Pandemiezeit unter der politischen Devise „Koste es, was es wolle“ Kurzarbeit und andere Hilfsmaßnahmen finanzieren konnte, war übrigens der konsequenten Budgetpolitik der Jahre davor zu verdanken. Staatliche Handlungsfähigkeit bedeutet in Zusammenhang mit der energiepolitischen Frage auch ordnungspolitisch fundierte Eingriffe in die Marktregulatorik. Beispielhaft sei hier die mögliche Entkoppelung von Strom- und Gaspreis angeführt.

Fazit: Wir müssen jetzt wieder die richtige Dosis Staat finden, gerade auch rund um die Versorgungssicherheit und Leistbarkeit von Energie, sonst drohen wirtschaftliche Verwerfungen, De-Industrialisierung sowie Schuldenberge und damit deutlich geringere Handlungs- und Souveränitätsspielräume für die Zukunft. Genau das reduziert unser aller Freiheit. Ganz besonders schränkt es aber die Freiheit der zukünftigen Generationen ein. Dies gilt nicht nur für Österreich, sondern auch für die Europäische Union.

¹ Statistik Austria, 2022.

Freiheit braucht Kultur

Wir brauchen in Gesellschaft und Politik ein dauerhaft verankertes Bewusstsein für den Wert der Freiheit. Freiheit ist der grundlegende Wert der liberalen Demokratie und unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Ökosozialen Marktwirtschaft.

Freiheit meint zuallererst die Abwesenheit von staatlichem Zwang, und die ist heute mehr denn je zu sichern. Freiheit bedeutet Eigenverantwortung, Risikobereitschaft, Selbsttätigkeit und Gestaltungsoptionen des Einzelnen. Es ist wichtig, dass wir uns für eine neue Kultur der Freiheit einsetzen. Gerade in wirtschaftlich und für viele Menschen fordernden Zeiten ist es notwendig, die Freiheit und insbesondere die wirtschaftliche Freiheit zu sichern. Sie bildet die Grundlage für Leistung und Innovation.

Innovation ist die einzige Zukunftsversicherung, die es heute im globalen Wettbewerb gibt. Nur eine Kultur der Freiheit ermöglicht uns die Offenheit für das Neue und die Entfesselung des kreativen Potenzials in unserer Gesellschaft, auf die es für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit mehr denn je ankommt.

Unternehmerisches Denken und Handeln im Land – sei es durch Selbstständige oder unselbstständig Beschäftigte – sind dafür der ideelle Nukleus. Mehr Freiheit und mehr Unternehmertum gehen Hand in Hand. Wir brauchen von beidem mehr, um unser Lebensmodell für die Zukunft abzusichern.

Zeit der Entscheidung

Es ist kein Geheimnis, dass wir beim nächsten bundespolitischen Wahlgang in Österreich auch vor einer Richtungsentscheidung zwischen mehr oder weniger wirtschaftlicher Freiheit stehen. Das Szenario einer „Linkskoalition“ wäre für die Wirtschaft mit

Freiheitsverlusten verbunden, etwa durch mehr Bevormundung, Zwang durch überbordende Regulierungen oder beispielsweise die Einführung von Eigentumssteuern. Im Endeffekt geht es also um weniger Bewegungsspielräume und mehr Vorgaben, wie wir alle zu leben haben. Das ist der falsche Weg – nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für Wachstum und Wohlstand und damit für alle Bürger und für unsere Familien.

Tatsache ist, dass wir für eine positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nicht weniger, sondern wieder mehr Freiheitsräume brauchen. Die Bandbreite reicht von steuerlicher Entlastung über den Bürokratieabbau bis hin zu einem sorgsamem Umgang mit wirtschaftlichen Freiheitsrechten. Die aktuelle Renaissance des Freiheitsbewusstseins weist den Weg in die richtige Richtung. Gehen müssen wir diesen Weg selbst – und uns für Freiheit immer auch entscheiden.

Die Notwendigkeit der Verantwortung

Aus der Pandemiezeit sind uns die Appelle zur „Eigenverantwortung“ noch alle im Ohr. Der Grundsatz „Don't preach to the converted“ gilt auch für Verantwortungsaufrufe: Wer bereits von seiner Verantwortung überzeugt und sich ihrer bewusst ist, den muss man eigentlich nicht davon überzeugen. Die Frage ist, wie man jene erreicht, die mit Eigenverantwortung noch wenig anfangen können. Es hat sich auch während der Pandemie gezeigt, dass die Verantwortungskultur in Österreich noch Luft nach oben hat.

Wie beim Wert der Freiheit gilt ebenso beim komplementären Wert der Verantwortung: Wir müssen diese Werthaltung immer wieder neu buchstabieren und konkretisieren. Es geht um das richtige Verständnis von Verantwortung für sich selbst, für die Gesellschaft, für die Umwelt und für wirtschaftlichen Erfolg.

Falsches Signal der Grundeinkommens-Debatte

Ludwig Erhard, der politische Ahnherr der Sozialen Marktwirtschaft, hat es immer wieder deutlich gemacht: Eine Soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung – also die Bereitschaft, für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen – durch vermeintliche soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt wird.

Wir tun allerdings viel dafür, um Verantwortungsbereitschaft zu schwächen. Symptomatisch dafür sind die immer wieder aufkeimenden Diskussionen über ein arbeitsloses Grundeinkommen. Dessen Einführung wäre – abgesehen von unge-

lösten Finanzierungsfragen und einem Ende klassischer, treffsicherer Sozialleistungen – vor allem eines: ein klares Signal, dass Selbstverantwortung und Selbsterhaltung in unserer Gesellschaft gar nicht erwünscht sind. Das ist das falsche Signal für die Zukunft.

Zivilgesellschaft fördert Eigenverantwortung

Es gibt (neben der Familie) keinen wichtigeren Bereich, in dem Verantwortung für andere so deutlich wird, wie das ehrenamtliche, zivilgesellschaftliche Engagement. Es scheint ein Konsens in der Politik zu bestehen, dass dieses Engagement in Österreich gefördert wird. Wesentliche Infrastrukturen Österreichs, etwa im Sozial- oder Sportbereich, könnten ohne dieses Engagement nicht aufrechterhalten bzw. finanziert werden. Deshalb will man das freiwillige Engagement fördern – paradoxerweise vorrangig mit staatlichen und gesetzlichen Instrumenten. Mehr zivilgesellschaftliches Engagement durch mehr staatliche Regulierung zu erreichen: Dieser Ansatz zeigt, dass wir in einigen Grundwerten unserer Gesellschaft falsch programmiert werden.

Wer mehr zivilgesellschaftliches Engagement will, der muss vor allem eines tun: den Wert der Eigenverantwortung in unserer Gesellschaft stärken. Denn nicht alles, was zu tun ist, können und dürfen wir an den Staat delegieren. Vieles kann und soll von uns selbst erbracht und geleistet werden. Deshalb darf die Bereitschaft zur Übernahme von Eigenverantwortung nicht durch einen Staat untergraben werden, der den Eindruck erweckt, auch außerhalb von Krisenzeiten alles und jedes übernehmen zu können. Wie gesagt: In Krisensituationen muss der Staat besonders handlungsfähig sein und bleiben – aber wir leben hoffentlich und Gott sei Dank nicht andauernd im Krisenmodus.

Mehr Verantwortung bringt uns weg von der Zuschauerdemokratie und der Anspruchsgesellschaft hin zu einer starken Zivilgesellschaft. Sie ist die Grundlage für eine

lebendige Demokratie, in der sich die Bürger aktiv in das gesellschaftliche und politische Leben einbringen können. Wo sie das tun können, was Bürger ausmacht: Verantwortung für sich und die Gesellschaft tragen.

Verantwortung durch Selbstverwaltung

Gelebte Eigenverantwortung zeigt auch der österreichische Weg der Selbstverwaltung, die ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert als bürgerliche Idee der Freiheit von staatlichem Zwang hat. Von Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer über die Landwirtschaftskammer bis zu den Kammern der freien Berufe verwalten die unterschiedlichen Berufsgruppen viele ihrer Angelegenheiten selbst. Das Sozialversicherungssystem ist ein weiteres Erfolgsbeispiel der Selbstverwaltung. Mit klaren gesetzlichen Rahmenbedingungen, aber unabhängig vom Staat in eigener Freiheit und mit eigener Verantwortung. Diese im globalen Vergleich sehr spezielle Systematik ist eine liberale Errungenschaft, die sich ständig weiterentwickeln und der Zeit anpassen, aber auch verteidigt werden muss. Die Sozialpartnerschaft – eng mit der Selbstverwaltung verbunden – ist ein weiterer Baustein österreichischer Freiheitsgeschichte und Verantwortungskultur und ein wesentlicher Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Oft als „Nebenregierung“ abschätzig denunziert, hat sie gerade in Covid-Zeiten ihre staatstragende Rolle sowie rasche und lösungsorientierte Handlungsfähigkeit in der österreichischen Demokratie bewiesen.

Verantwortung für Beschäftigungsfähigkeit

Mehr Verantwortung in Verbindung mit mehr Freiheit ist der Schlüssel für eine positive Dynamik in Wirtschaft und Gesellschaft. Verantwortung ist die Antwort auf einen Staat von gestern, der seine Bürger immer nur „passiv und defizitär“ versteht. Damit lässt sich keine Zukunft machen. Mehr Verantwortung bringt uns in vielen Bereichen weiter.

Mehr Verantwortung für den Arbeitsmarkterfolg heißt etwa, dass jeder für seine Beschäftigungsfähigkeit selbst verantwortlich ist und nicht bloß abwartet, was das Arbeitsmarktservice an Kursen zu bieten hat. Das dürfen wir uns gerade angesichts des zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangels nicht leisten. Investitionen etwa in die eigene Bildung müssen so normal werden wie Investitionen in den Urlaub.

Dafür braucht es von Betrieben und Staat die richtigen Anreize, wie etwa Bildungsdarlehen. Der eigene Arbeitsplatz ist Grundlage für die eigene Existenz. Es ist die eigene Verantwortung, den Wert der eigenen Arbeitskraft zu nutzen, zu achten und ihren Wert ständig weiterzuentwickeln.

Noch einmal Ludwig Erhard: „Wenn wir überhaupt eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf Dauer gewährleisten wollen, dann wird es in der Tat zu einem Grunderfordernis, einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen zu persönlicher Freiheit verhelfen will, eine gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik an die Seite zu stellen. Darum widerspricht es zum Beispiel der marktwirtschaftlichen Ordnung, die private Initiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung auch dann auszuschalten, wenn das Einzelindividuum materiell durchaus in der Lage ist, solche Tugenden in weitem Umfang zu üben.“

Verantwortung für Alter, Gesundheit und Bildung

Eine zeitgemäße Verantwortungskultur soll sich natürlich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen niederschlagen:

Mehr Verantwortung für die Altersvorsorge heißt einerseits, den Bestand des Umlageverfahrens durch Reformen zu sichern. Mehr individuelle Verantwortung für die Altersvorsorge und den Lebensstandard im Alter braucht aber vor allem mehr Wahlfreiheit: Es muss zum Beispiel kein generelles Pensionsantrittsalter mehr geben. Jede Person soll selbst entscheiden, wann sie

in Pension geht – und ob sie nicht noch ein paar Jahre weiter tätig sein will. Wer über das derzeitige gesetzliche Pensionsalter hinaus arbeiten will, soll sich über spürbar mehr Lohn und parallele Pensionszahlungen freuen. Wer frei entscheiden kann, der übernimmt für sich selbst Verantwortung – für sein Lebenseinkommen und für seinen Wohlstand.

Mehr Verantwortung im Gesundheitssystem heißt, dass jeder mehr Verantwortung für den Erhalt seiner eigenen Gesundheit trägt. Das ist auch sozialer. Denn warum soll die Allgemeinheit dafür zahlen, wenn jemand Raubbau an seiner Gesundheit betreibt? Das Steuerungsprinzip dafür wäre einfach: Wer nicht regelmäßig an Vorsorgeprogrammen teilnimmt, soll dazu angereizt werden. Wer regelmäßig geht, soll günstiger versorgt werden. Eigenverantwortung ist der beste Garant für die eigene Gesundheit. Auch die Arbeitgeber stehen in der Verantwortung, die Gesundheit ihrer Mitarbeiter zu sichern bzw. zu verbessern – in ihrem eigenen Interesse.

Mehr Verantwortung für die Umwelt heißt, Wahlmöglichkeiten bei Konsumententscheidungen besser nutzen zu können. Denn es gibt keine stärkere Macht für Veränderungen als jene verantwortungsbewusster Entscheidungen von Konsumenten. Dafür muss aber die Wahlfreiheit gesichert sein, etwa im technologischen Bereich. Technologiebeschränkungen oder gar Technologieverbote – Stichwort Verbrennungsmotor – sind der falsche Weg. Eine vitale Verantwortungskultur braucht auch und gerade im Umweltbereich Wahlfreiheit für unterschiedliche Optionen. Ohne Wahlfreiheit verdorrt das Pflänzchen der Verantwortung.

Mehr Verantwortung im Bildungsbereich heißt, dass man in seine Bildung investieren soll. Studiengebühren, die zur Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden, und ein wirksames Stipendiensystem sind Ausdruck eines verantwortungsvollen und solidarischen Bildungssystems. Sie unterstützen es, Eigenverantwortung für Bildung

wahrzunehmen. Auch die Förderung von Hochbegabten ist eine Frage der Verantwortung. Statt Gleichmacherei ist viel stärkere Differenzierung notwendig. Das stärkt innovative Köpfe und damit unsere Innovationskraft. Davon profitiert die gesamte Gesellschaft.

Digitale Verantwortung

Für unsere Innovationskraft ist natürlich genauso die digitale Transformation ein Schlüsselthema. In erfolgreicher Digitalisierung steckt ein guter Teil der Zukunft von Wachstum und Wohlstand für uns alle. Es ist unsere Verantwortung in Wirtschaft und Gesellschaft, diese Chancen zu nutzen – und nicht zu ignorieren. Dies braucht auch entsprechende Freiräume, wie Reallabore, um neue Anwendungen und Geschäftsmodelle zu erproben.

Darüber hinaus ist klar, dass der Umgang mit Konsequenzen der Digitalisierung auch eine Frage der Verantwortung ist. Und das gleich in mehrfacher Hinsicht: So haben wir die Verantwortung, Daten für bessere Entscheidungen zu nutzen. Wir sitzen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Bereich auf enormen Datenschätzen, beispielsweise im Gesundheitswesen, in Wissenschaft und Forschung und natürlich auch in der öffentlichen Verwaltung. Schätzungen gehen davon aus, dass in Europa 85 Prozent aller Daten, die gesammelt werden, nicht ein einziges Mal genutzt werden. Das dürfen wir uns nicht leisten. Daten zu schützen, ist wichtig und richtig, Datenschätze – gerade anonymisiert – nicht zu heben, ist verantwortungslos. Durch effizientere Datennutzung können beispielsweise Krankheiten früher erkannt oder besser geheilt, Klima- und Umweltschutz durch den Einsatz neuer Technologien zielorientierter und einfacher, der Kontakt mit Behörden unkomplizierter und noch viel bürgerfreundlicher gestaltet werden.

Es liegt auf der Hand: Wir können in vielen Feldern – vom Verkehr über den Energieverbrauch bis zur Bildung – Daten für bessere Entscheidungen nutzen – und müssen das auch tun. In

vielen Bereichen brauchen wir gar keine personalisierten Daten und können auf Maschinen- oder Sensordaten zurückgreifen. Experten gehen davon aus, dass mehr als 50 Prozent der Daten, die gesammelt werden, gar nicht personifiziert oder personalisiert sind.

Verantwortung für Innovation

Ein viel diskutiertes Handlungsfeld digitaler Verantwortungspolitik ist zudem die Frage der ethischen Herausforderungen, die vor allem mit Künstlicher Intelligenz (KI) verbunden sind. Die Debatte, ob und was KI in welchen Situationen entscheiden darf, ist eine, die geführt werden muss. Transparenz ist auch bei KI ein großes Thema. Ein beispielhafter Ansatz dafür: Das Konzept der „Responsible AI“ sieht u.a. Transparenz vor, welche Daten-Sets für das Training der KI verwendet werden. Entsprechende Zertifikate sollen dann Nutzen und Unbedenklichkeit ausweisen.

Eine in der öffentlichen Debatte bisher noch unterbeleuchtete Verantwortungsfrage rund um KI ist allerdings, wie zukunftsorientiert KI-basierte Entscheidungen sind und welches gestalterische Innovationspotenzial sie tatsächlich aufweisen. Denn, wie es der Daten-Experte Viktor Mayer-Schönberger unlängst bei einem Symposium der Politischen Akademie gesagt hat: KI projiziert die Vergangenheit in die Zukunft. Das ist vielfach hilfreich, aber es ist dann nicht hilfreich, wenn die Zukunft dramatisch anders ist oder anders sein soll als die Vergangenheit. Wir als Menschen können uns dank unserer Kreativität und Innovationskraft eine Zukunft erdenken, die es noch nicht gibt. Das kann KI nicht.

Wir haben daher die Verantwortung, bei allen Entscheidungsfragen rund um KI, immer in anderen Möglichkeitsräumen zu denken sowie soziale und ethische Fragen mitzudenken. KI fördert nicht nur Innovation in bestimmten Anwendungsfeldern, sie fordert ebenso unsere Innovationskraft und unser gedankliches

Vorstellungsvermögen. Einmal mehr zeigt sich auch beim Thema KI, dass uns niemand unsere Verantwortung für die Zukunft abnehmen kann.

Kultur der Verantwortung

Wir brauchen eine starke Verantwortungskultur im Land. Diese Kultur muss zu einer neuen und besseren Verteilung von Freiheit und Verantwortung führen. Das staatliche Abwürgen von Eigeninitiative ist und bleibt falsch. Denn es verhindert, dass wir Verantwortung für uns selbst übernehmen und Vertrauen in unsere Zukunft entwickeln.

Die Verantwortlichkeiten zwischen Individuum, Staat und Gesellschaft sind neu auszutarieren. Es zählt zuerst die Verantwortung des Einzelnen, die Eigenverantwortung. Die staatliche Hilfe zur Selbsthilfe muss Leitprinzip für staatliche Unterstützung sein. Ziel muss es sein, dass die Bürger als freie Mitglieder der Gesellschaft so viele Aufgaben wie möglich in Eigenregie ausüben, damit sie so wenig wie möglich dem Staat überlassen müssen. Damit entlasten wir den Staat – und stärken ihn für jene Aufgaben, für die er wesentlich stärker sein muss als heute.

Staat als Partner

Eine neue Verantwortungskultur verlangt ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Bürger und Staat, kein hierarchisches. Der Staat muss mehr ermöglichen und weniger behindern. Der Staat muss schlank, aber stark sein. Der Staat muss die Freiheit seiner Bürger und deren Verantwortlichkeiten achten.

Der Weg zu mehr Verantwortung ist kein Weg zu mehr Kontrollen und Regeln. Es ist ein Weg, der sowohl Verantwortung als auch Verantwortungslosigkeit in unserer Gesellschaft sichtbar macht. Mehr Verantwortung in der Gesellschaft erreichen wir nicht, indem wir die Bürger mit negativen Sanktionen dressieren, sondern indem

wir positive Anreize für mehr Freiheit und mehr Verantwortung setzen. Es geht nicht um sozial erwünschtes Verhalten (das mündet leider immer in Sozialismus), es geht um das Ermächtigen zu mehr Autonomie und Selbstbestimmung – in eigener Sache. Das ist der beste Schutz gegen Verantwortungslosigkeit. Und schützt unser aller Freiheit.

Mehr Gestaltungsmacht

Wenn wir Verantwortung wahrnehmen, haben wir einfach mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft. Wir beweisen uns täglich, dass wir Dinge verändern und verbessern können. Wir ergreifen die Initiative und sehen, was wir erreichen können. Hier sind Österreichs Gesellschaft und Wirtschaft oft globale Vorreiter und Vorbilder – auch und gerade im Umweltschutz. Neun von zehn internationalen Wirtschaftsdelegationen interessieren sich für Umwelttechnologien made in Austria. Die Wirtschaft ist beim Weg zur Klimaneutralität nicht das Problem, sondern ein wesentlicher Teil der Lösung. Umso wichtiger ist es jetzt, die Gestaltungsmacht der Unternehmen für Klimaneutralität zu entfesseln, statt ihnen mit neuen Hürden und Restriktionen den wirtschaftlichen Erfolg zu erschweren.

Wir in der Wirtschaft stehen Problemen eben nicht apathisch gegenüber. Wir schauen hin und packen zu – wenn man uns lässt und wir dafür die nötigen Rahmenbedingungen haben. Das macht den Unterschied und erhöht unsere Gestaltungsmacht.

Die Freiheitsforscherin Ulrike Ackermann hält dazu fest: „Das Gegenteil von Paternalismus sind Selbstverantwortung, Eigensinn und Selbstsorge, aus denen neues Selbstvertrauen, Stolz und Würde und damit neue Lebensqualität für den einzelnen Bürger wie auch für Staaten erwachsen können. All dies sind Voraussetzungen, um die Freiheit zu entfalten, neue Freiräume zu entdecken und sie auszuloten auf dem Weg zu Mündigkeit und Selbstbestimmung. Die Verstaatlichung der Verantwortung entsolidarisiert hingegen die Gesellschaft.

Solidarität wird damit an Vater Staat und dessen Fürsorge delegiert, weil man sich nicht mehr gegenseitig helfen muss. Dies schwächt gerade den Gemeinsinn und Zusammenhalt einer Gesellschaft.“ Verantwortung ist eben nicht delegierte, sondern wahrgenommene Solidarität.

Die Zukunft der Solidarität

Nicht nur der Wert der Freiheit, auch der Wert der Solidarität hat im Zuge der Corona-Pandemie an öffentlicher Brisanz gewonnen: Sind Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen, schlichtweg unsolidarisch? Zerstören sie das „soziale Band“ unserer Gesellschaft? Die Debatte über mangelnde Solidarität und die Spaltung der Gesellschaft wird uns noch länger begleiten. Sie zeigt, dass wir als Individuen nicht im luftleeren Raum leben. Wir sind aufeinander angewiesen. Solidarität ist daher, das lässt sich mehr denn je feststellen, keine Einbahnstraße. Und: Gesellschaftlich verbürgte Solidarität ist auf das Engste mit wirtschaftlicher Freiheit verbunden.

Freiheit schützt Solidarität

Je mehr wir davon haben, desto besser: Mehr Freiheit schützt uns besser vor Krisen. Mehr wirtschaftliche Freiheit ist sozial. Wer für einen wirksamen Sozialstaat ist, wer für ein verlässliches Gesundheitssystem eintritt, wer für soziale Sicherheit im Alter ist, der muss auch für mehr wirtschaftliche Freiheit sein. Denn mehr wirtschaftliche Leistung als Grundlage für Sozialstaatlichkeit gibt es nur bei mehr wirtschaftlicher Freiheit. Wer Grenzen des Wachstums proklamiert, setzt damit auch der praktischen Solidarität enge Grenzen.

Den direkten Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und gesellschaftlicher Solidarität verdeutlicht das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft, das auf den Prinzipien der Freiheit, der Leistung und der dadurch erst möglichen, institutionell verbürgten Solidarität basiert – und das auch die Reihenfolge der Aufeinanderbezogenheit dieser

Werte klarstellt: Ökonomische Freiheit ist die Voraussetzung für gesellschaftlich institutionalisierte Solidarität – nicht umgekehrt.

Soziale Zukunftsverträglichkeit

Die Erweiterung dieses ordnungspolitischen Rahmens zur Ökosozialen Marktwirtschaft macht den Nachhaltigkeitsgedanken zu einem weiteren Standbein unseres Wirtschafts- und Sozialmodells. Das Nachhaltigkeitsprinzip bezieht sich eben nicht nur auf die Schonung natürlicher Ressourcen vor allem durch neue Technologien und höhere Effizienz, sondern auch auf soziale Zukunftsverträglichkeit, etwa auf ein finanzierbares Pensionssystem und solide Staatsfinanzen.

Sinkt hingegen unsere wirtschaftliche Leistung, weil die Bürger mangels wirtschaftlicher Freiheiten Potenziale nicht nützen können oder staatliche Zwänge und falsche Regulierung positive Entwicklungen verhindern, dann steht auch weniger Geld für staatliche Verteilungszwecke – in der Gegenwart wie für die Zukunft – zur Verfügung. Gerade die Anhänger eines gut ausgebauten Sozialstaates sollten diese Zusammenhänge verstehen: „Man darf die Kuh nicht schlachten, die man melken will.“ Genauso gilt auch: Man darf die Kuh nicht am langen Arm verhungern lassen.

Entsolidarisierte Gesellschaft?

Die Klage über eine „Entsolidarisierung“ oder gar Spaltung der Gesellschaft ist nicht neu, aber im Kontext der Corona-Krise verstärkt zu vernehmen. Niemand kümmere sich mehr um den anderen, die Gesellschaft falle auseinander, ist zu hören.

Bemerkenswert an dieser Klage war schon bisher, dass sie parallel zur weiteren Verstaatlichung von Solidarität nicht ab-, sondern vielmehr zugenommen hat. Je mehr wir Solidarität an den Staat delegieren, desto weniger dieser wertvollen Ressource scheint es in unserer Gesellschaft zu geben.

Mit Blick auf die sozialstaatlich organisierte Solidarität gibt es jedenfalls keine Krise des Solidarischen. Wir leben trotz ökosozialer Steuerreform weiter in einem stark umverteilenden Hochsteuerland. Im Jahr 2021 lag die Steuer- und Abgabenquote in Österreich bei rund 44 Prozent, die Staatsquote bei 56 Prozent und die Sozialquote bei 32,8 Prozent.² Von einem Mangel an staatlich verbürgter Solidarität oder gar von sozialer Kälte zu reden, verbieten die Fakten.

Internationales Erfolgsmodell

Dass wir in Österreich und in anderen europäischen Staaten ein derart hohes Niveau staatlich verbürgter Solidarität genießen können, ist unserem Modell der Sozialen bzw. Ökosozialen Marktwirtschaft mit ihren Grundwerten der individuellen Freiheit, der wirtschaftlichen Leistung und der gesellschaftlichen Solidarität geschuldet. Das gibt es nirgendwo anders.

Dies macht auch der Blick aus der globalen Vogelperspektive deutlich: In den USA prägen Individualisierung und Kapitalismus das Bild. Es mangelt jedoch an der gesellschaftlichen Organisation von Solidarität. Daran wird auch die Biden-Regierung nichts ändern. In den asiatischen Ländern sehen wir wirtschaftlichen Aufstieg, dies jedoch losgelöst von politischer Demokratie. Den Menschen stehen parallel zum staatlichen kontrollierenden Social-credit-System (wie z.B. in China) die traditionellen, familiären Sozialnetze zur Verfügung. Halten sie nicht, droht Armut.

Nur Europa verfolgt als einzige Region der Welt das Ziel, Freiheit, wirtschaftlichen Erfolg und Solidarität gemeinsam verwirklichen zu wollen – und das bisher mit großem Erfolg. Wirtschaftliche Freiheit und Leistungskraft werden nicht nur in individuellen Wohlstand, sondern auch in breite soziale Sicherheit in Form eines stark ausgebauten Sozialstaates transformiert.

² Statistik Austria, 2022.

Die Erfolgsgrundlage dieses Modells ist heute wichtiger denn je: Nur ein größtmögliches Maß an Freiheit erlaubt jene wirtschaftliche Leistungskraft, aus deren Erträgen auch Leistungen der sozialen Sicherheit mitfinanziert werden. Damit die individuelle Haltung der Solidarität auch gesellschaftlich und institutionell realisiert werden kann und Hilfesuchende nicht zu individuellen Bittstellern degradiert werden, muss somit zuallererst wirtschaftliche Leistungskraft gefördert werden. Staatlich verbürgte Solidarität haben wir nicht trotz, sondern gerade wegen der Marktwirtschaft.

Kulturelle Herausforderung

Ein wichtiges Thema ist und bleibt allerdings die Auseinandersetzung mit der kulturellen Krise des Sozialstaates. Wir können es in vielen Bereichen beobachten, dass der Sozialstaat Menschen in eine Kultur der Abhängigkeit führt. Wer am Tropf sozialer Leistungen hängt, kommt so schnell nicht wieder davon los. Der Sozialstaat schafft so vielfach erst die Probleme, die er eigentlich lösen sollte.

Der Wohlfahrtsstaat ist – historisch betrachtet – auch Ergebnis und Ausdruck des traditionellen Obrigkeitsstaates, der auf Fürsorge und Betreuung von als passiv und defizitär betrachteten Leistungsempfängern ausgerichtet ist. In diesem Zusammenhang ist der eingangs erwähnte Grundsatz von Bedeutung, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Solidarität beruht auf einem grundlegenden Zusammengehörigkeitsgefühl aller. Solidarität meint, dass die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft füreinander und für das Ganze eintreten. Daher wird auf schwache Mitglieder der Gesellschaft besonders Rücksicht genommen, und deshalb wird Menschen in Not geholfen.

Entscheidend ist, dass das Solidaritätsprinzip auf der wechselseitigen Anerkennung des anderen als Person basiert. An dieser Stelle ist anzumerken, dass das Menschenbild der Sozialen Marktwirtschaft von einem christlichen Personalismus in antik-

christlich-humanistischer Tradition geprägt wird – und nicht vom viel zitierten und -kritisierten „homo oeconomicus“. Es geht also um ein Menschenbild, das von personalen – und nicht rein ökonomischen – Werten der Freiheit, sozialen Gerechtigkeit, Menschenwürde und Solidarität geprägt ist.

Die wechselseitige Anerkennung des anderen als Person bedeutet einerseits das Recht auf Entfaltung, andererseits die Pflicht zur sozialen Kooperation und zur wechselseitigen Unterstützung. Daher dürfen wir nicht Solidarität einseitig als reine Hilfe für einen selbst verstehen. Jeder Einzelne ist verpflichtet, sich für das Wohl des Nächsten und der Gemeinschaft einzusetzen. Solidarität ist Anspruch und Verpflichtung in einem.

Genau diese Dimension von Solidarität ist im Sozialstaat unterrepräsentiert. Denn der traditionelle Sozialstaat versteht Solidarität tendenziell als Einbahnstraße. Etwas von denen (zurück) zu erwarten, die Transfers bekommen, liegt jenseits des sozialen Horizonts unserer Sozialstaatlichkeit. Kein Wunder, dass der Vorwurf der „sozialen Hängematte“ geäußert wird.

Solidarität neu denken

Solidarität als Anspruch und Verpflichtung ist allerdings ein Schlüsselansatz für eine neue Kultur des Sozialen und für eine Neuerfindung des traditionellen Wohlfahrtsstaates, der den Bürgern ehrlicherweise nicht alles versprechen, aber Wichtiges garantieren soll. Ziel muss ein Arrangement individueller Wahlfreiheiten und sozialer Sicherungsinstrumente sein, welches die Balance zwischen individueller Eigenverantwortung und staatlich verbürgter Solidarität neu herstellt.

Und natürlich warten genauso im zivilgesellschaftlichen Bereich neue Solidaritätspotenziale darauf, klug genutzt zu werden. Auch hier gilt: Das Werteverständnis von Solidarität, welches etwa Sozialorganisationen mit einer spezifischen (meist christlich abgeleiteten) Programmatik vertreten, muss mit dem Programm

des Sozialstaates kompatibel sein. Von der Freiwilligen Feuerwehr bis hin zu gemeinnützigen Stiftungen spannt sich der Bogen traditioneller und gleichzeitig hochmoderner Beispiele dafür, wie eine zivilgesellschaftliche Praxis der wechselseitigen Solidarität aussehen kann.

Prinzipien solidarischer Organisation

Im Wissen darüber, dass wir als Menschen gegenseitig aufeinander angewiesen sind, müssen wir als Individuen, Gesellschaft und Staat uns zum gemeinsam richtig verstandenen Wert der Solidarität bekennen – und auf dieser Basis Solidarität besser organisieren. Dabei helfen die nachfolgenden Prinzipien. Das „Hilfe zur Selbsthilfe“-Prinzip: Die Hilfe der Gesellschaft für Einzelne kann – außer in Ausnahmefällen – immer nur eine temporäre Hilfe zur Selbsthilfe sein. Das muss sie auch sein, um nicht durch Zwangsalimentierung neue Abhängigkeit von der Staatsdroge und eine Bevormundung der Empfänger zu schaffen. Falsch verstandene Solidarität ist ein Freiheitskiller. Die Menschen sollen bei der Inanspruchnahme von Solidarität selbst entscheiden, welche Leistungen sie bei wem nutzen (z.B. durch Scheckmodelle). Sozialhilfe darf nicht länger „vererbbar“ sein. Im Gegensatz zur befristeten bedingten Solidarität gibt es natürlich Menschen, die unsere unbegrenzte, unbedingte Solidarität brauchen und erhalten müssen (z.B. bei schwerer Behinderung oder chronischer Erkrankung). Hier darf es keine Einschränkungen geben.

Das Reziprozitätsprinzip: Wem geholfen wird, der muss auch einmal selbst zur Hilfeleistung bereit sein. Es muss daher Transparenz herrschen zwischen Leistungsempfängern und jenen, die durch ihre wirtschaftliche Leistung soziale Transfers erst ermöglichen. Das Prinzip der Leistung und Gegenleistung soll auch durch symbolische Maßnahmen deutlich gemacht werden: Der symbolische Steuer- oder Arbeitslosenversicherungs-Euro von arbeitslosen Menschen ist ein Zeichen, das in beide Richtungen wirkt – in Richtung jener, die Solidarität brauchen,

und in Richtung jener, die Solidarität geben. Das erfordert auch, den Missbrauch sozialer Leistungen konsequenter zu verfolgen: Es ist durch und durch unsolidarisch, Leistungen zu Unrecht in Anspruch zu nehmen – und damit die Chancen anderer zu reduzieren, die auf solche Leistungen tatsächlich angewiesen sind.

Das Nachhaltigkeitsprinzip: Der Wert der Solidarität darf aber nicht nur mit Blick auf die Gegenwart verstanden werden. Solidarität ist auch mit den künftigen Generationen geboten. Das gilt nicht nur für die Klimafrage. Es ist unsolidarisch und unsozial, die Kosten für einen überdehnten Sozialstaat, in dem ein erheblicher Teil der Schulden auf Kosten für Sozialtransfers entfällt, künftigen Generationen zu überantworten. Die künftigen Generationen sind auf unsere Solidarität mit ihnen existenziell angewiesen. Denn Solidarität endet nicht im Hier und Jetzt. Wir müssen Solidarität – wie Gerechtigkeit – mehr denn je mit Blick auf die Zukunft buchstabieren. Denn Solidarität ist eine wichtige Brücke für Individuen und Gesellschaft auf dem Weg in die Zukunft. Solidarität ist die Basis für nachhaltigen sozialen Frieden.

Werte vernetzt denken und umsetzen

Voraussetzungsabhängigkeit und die Interdependenzen zwischen den für unsere Zukunft entscheidenden Werten werden im Solidaritäts- und Nachhaltigkeitsbereich besonders deutlich. Hier zeigt sich einmal mehr, dass der durch wirtschaftliche Freiheit ermöglichte Wertschöpfungserfolg unverzichtbare Grundlage für gesellschaftlich und institutionell verbürgte Solidarität sowie für eine nachhaltige Entwicklung ist. Auf den Punkt gebracht: Ohne unternehmerische Freiheit und wirtschaftliches Wachstum können wir auf Dauer weder Solidarität noch Nachhaltigkeit ermöglichen. Dies ist eine wichtige Erkenntnis auch in Zusammenhang mit der Klimaschutz-Debatte, die mitunter als religiös anmutende Verzichts-Debatte geführt wird. Aber Solidarität – und vor allem Solidarität mit der Zukunft – ist keine

Frage des Verzichts, sondern der klugen Weiterentwicklung wirtschaftlicher Optionen.

Soziale Zukunft braucht Wachstum

So zeigt sich klar, dass die größten Effekte für Klimaschutz und Klimaneutralität neue Technologien und Innovationen von Unternehmen haben. Die generelle Hebung unserer Innovations- und damit unserer wirtschaftlichen Leistungskraft ist nicht nur mit Blick auf den internationalen Wettbewerb, sondern auch auf dem Weg zur Klimaneutralität entscheidend.

Wir werden die Herausforderungen der Zukunft auch unter dem Solidaritätsaspekt nur mit den Mitteln des Unternehmertums und neuer Technologien lösen können. Es geht nicht um moralisch fundierten Verzicht und inszenierte Kasteiung, sondern um die breite wirtschaftliche Anwendung wirksamer Technologien, etwa von grünem Wasserstoff und grünen Gasen oder von synthetischen Treibstoffen.

Das Projekt der Klimawende ist ein technologisches Transformationsprojekt, das bei unserer Wirtschaft und unserer Wissenschaft in besten Händen ist. Die ökologische Transformation darf nämlich nicht in eine soziale Krise münden, in die uns aber so manche „grüne“ Apologeten mit ihren Konzepten führen. Diese würden uns letztlich in eine Subsistenzwirtschaft zurückkatapultieren – und damit in ein gesellschaftliches Szenario, in dem Wohlstand und soziale Sicherheit nur mehr Glückssache sind.

Wertebewusste Politik ist nicht einseitig

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig eine wertebewusste, aber auch der Vernetztheit und Voraussetzungsabhängigkeit dieser Werte bewusste politische Gestaltung ist. Die eindimensionale Ausrichtung auf nur ein Werteziel – wie etwa die Nachhaltigkeit – und die gleichzeitige

Vernachlässigung anderer für die gesellschaftliche Entwicklung notwendiger Werte – allen voran die Freiheit – wird den Herausforderungen der Zukunft definitiv nicht gerecht. Sie mündet im schlechtesten Fall in eine Single-issue-Politik, die uns als Solidargemeinschaft Zukunft kostet.

Wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung durch einseitige klimapolitische Maßnahmen hemmen, gefährdet das unser gesamtes Wohlstands- und Lebensmodell. Deshalb ist und bleibt es wichtig, unsere Wirtschaftskraft zu sichern und zu stärken, weil wir nur dann Maßnahmen für eine gesellschaftlich und ökologisch solidarische und nachhaltige Entwicklung finanzieren können.

Zeit für Chancengerechtigkeit

„Gerechtigkeit“ ist heute zur Projektionsfläche für eine Vielzahl von Ansprüchen in vielen Bereichen geworden – vom Sozialen über das Klima bis zu Genderfragen. Man hat den Eindruck: Gerechtigkeit ist immer das, was jeweils den eigenen Ansprüchen am besten nützt – die man dann am besten artikuliert, wenn man sich als Opfer von Ungerechtigkeit und Diskriminierung ausweisen kann.

Gerechtigkeit ist ein Sehnsuchtsbegriff, aber auch ein vielfach missbrauchter Begriff. Die Komplexität von Gerechtigkeit wurde und wird auf Schlagwörter reduziert, die eine vielschichtige, langwährende Gerechtigkeitsdebatte überdecken. Zu erinnern ist etwa an die aristotelische Differenzierung in ausgleichende (z.B. gleiche Strafe für das gleiche Verbrechen) und verteilende Gerechtigkeit (proportionaler Ausgleich); an die Gerechtigkeits-Theorie von John Rawls, die Umverteilung rechtfertigt, wenn die Ärmsten bevorteilt werden, ohne die Rechte und Chancen anderer Bürger einzuschränken; oder an Friedrich August von Hayeks grundlegende Bedenken gegen das „Wieselwort“ der sozialen Gerechtigkeit, das er ablehnt, weil nur ein Mensch gerecht sein könne.

Besonders eindimensional, aber leider auch besonders wirkungsvoll war der politische Ansatz, Gerechtigkeit als Funktion der Gleichheit zu definieren. Frei nach der Devise: Je gleicher eine Gesellschaft, desto gerechter ist sie.

Gleich ist nicht gerecht

Warum eigentlich Gleichheit, fragen die philosophischen Kritiker des Egalitarismus. Sie bezweifeln, dass mehr Gleichheit mehr

Gerechtigkeit schaffe – und meinen, das Gegenteil sei der Fall. Die Gleichheitsorientierung der Politik habe zu mehr Ungerechtigkeit geführt. Denn Gerechtigkeit, verstanden als Wille, jedem sein Recht zuzuteilen, bedeutet auch, Gleiches gleich, aber Ungleiches ungleich zu behandeln. Ungleiches gleich zu behandeln ist wiederum ungerecht.

Ungleichheit in der Gesellschaft ist auch ein Element der Freiheit. Die Grenzen der mit der Freiheit unverträglichen Ungleichheit lagen etwa für den sozialliberalen Denker Ralf Dahrendorf erst dort, wo die Bevorzugten den Benachteiligten ihr Teilnahmerecht bestreiten können oder die Benachteiligten ganz und gar von der Teilnahme am sozialen, ökonomischen und politischen Prozess ausgeschlossen bleiben.

Tribut an die Diversität

Es ist ein forderndes, aber weiterhin unverzichtbares intellektuelles und politisches Projekt, Gleichheit und Gerechtigkeit auseinanderzuhalten. Denn überall dort, wo im Namen der Gerechtigkeit Gleichmacherei betrieben wird, sind Fehlentwicklungen vorprogrammiert. Ein gutes Beispiel dafür ist das Bildungssystem: Ein gerechtes Bildungssystem ist allen Mitgliedern der Gesellschaft verpflichtet und hat die Aufgabe, allen die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu bieten, damit sich jeder angemessen entfalten kann. Ein Bildungssystem, das der „Buntheit“, Diversität und Ungleichheit der Menschen in ihren Begabungen und Talenten nicht durch eine entsprechende Differenzierung Tribut zollt, sorgt allerdings nicht für mehr Gerechtigkeit. Bildungspolitische Nivellierungsbestrebungen schaffen Ungerechtigkeit, weil sie Ungleiches gleichbehandeln.

Von Reich zu Arm

Ein weiteres Beispiel für egalitaristische Fehlentwicklungen sind die grassierenden Umverteilungsdebatten, die aktuell wieder befeuert werden. Die Ideologie dahinter ist so offensichtlich wie

falsch: Der Staat schafft Gerechtigkeit, indem er den „Reichen“ etwas wegnimmt und es den „Armen“ gibt. Das soll durch die Besteuerung von Besitz und Eigentum erfolgen. Die einen haben viel Geld verdient – und die anderen bekommen auch den „gerechten Anteil“ davon. Soweit die traditionelle Umverteilungslogik.

Das ist nicht nur zu einfach gedacht, sondern ungerecht. Wer schon einmal für sein Einkommen Steuer bezahlt hat, sollte es nicht noch einmal tun müssen. Das ist so, als wenn man im Supermarkt seine Lebensmittel bereits bezahlt hat – und plötzlich vor einer weiteren Kassa steht, wo nochmals Geld für das verlangt wird, was eigentlich schon Teil des eigenen Eigentums ist. Die zwei- oder mehrfache Besteuerung von Substanz ist definitiv ungerecht. Die „Opfer“ einer Vermögensbesteuerung wären in Österreich nicht nur die Betriebe, in denen viel (Betriebs-)Vermögen gebunden ist, sondern der Mittelstand generell. Er braucht nicht Be-, sondern spürbare Entlastung. Denn der Mittelstand – Unternehmer und ihre Mitarbeiterchaft – ist der entscheidende Leistungsträger unserer Gesellschaft.

Beim Thema Steuergerechtigkeit lohnt sich jedenfalls der Blick auf die Zahlen: Während beispielsweise fast 30 Prozent der Einkommensbezieher in Österreich gar keine Lohn- und Einkommensteuer zahlen, trägt das einkommensstärkste Fünftel (mit einem Bruttojahreseinkommen von mehr als etwa 48.000 Euro) rund 75 Prozent des Lohn- und Einkommensteueraufkommens.³ Haben nicht auch sie Gerechtigkeit verdient?

Dass eine „Reichensteuer“ weiter Resonanz findet und Gegenstand der Agenda mancher Parteien ist, hat nicht nur mit einer hochgezüchteten Neidkultur zu tun, sondern auch damit, dass uns jahrzehntelang vermittelt wurde, Gerechtigkeit sei Ergebnis von Gleichheit. Je gleicher eine Gesellschaft – in der politischen Praxis übersetzt mit: je weniger wir den „Reichen“ lassen –, desto gerechter sei die Gesellschaft. Gemessen am Gini-Koeffizienten

³ Statistik Austria, 2022 (Integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2019).

müssten wir in Österreich jedoch in einem der gerechtesten Länder der Welt leben. Denn Österreich ist eines der am meisten umverteilenden Länder – betrachtet man z.B. die Einkommen inklusive staatlicher Transferzahlungen, erhalten über 55 Prozent der Steuerzahler mehr aus dem Steuertopf, wie sie einzahlen.⁴ Aber Gleichheit hat eben nicht viel mit Gerechtigkeit zu tun.

Problematisch an traditionellen Gerechtigkeitsdebatten ist zudem, dass sie die Geldentwertung nicht tangieren. Dabei handelt es sich um eine höchst ungerechte Form der Eigentumsvernichtung, die letztlich alle trifft. Der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn prognostiziert: „Das nächste Jahrzehnt hat eine hohe Wahrscheinlichkeit, inflationär zu werden. Die grüne Energiewende wird Strom noch teurer machen, die Ukraine Krise und damit verbundene Maßnahmen werden diesen Trend noch verschärfen. Dazu kommen demografische Probleme. Die Babyboomer gehen in Pension und verbrauchen ihr Erspartes, gleichzeitig profitieren sie aufgrund ihrer wachsenden politischen Macht von Umverteilungsmaßnahmen. Das Angebot nach Arbeitskräften verknappt sich, die Nachfrage bleibt aber hoch. Das treibt die Inflation.“ Die Sparer sind die ersten Opfer der Inflation – aber Gerechtigkeit für Menschen, die sparen und Eigentum aufbauen, ist den egalitaristischen „Gerechtigkeitspolitikern“ fremd.

Chancengerechtigkeit entscheidet

Es steht außer Frage, dass wir neue Perspektiven des Denkens und Handelns brauchen, wenn es um Gerechtigkeit geht. Die traditionellen, vielfach instrumentalisierten Gerechtigkeitsbegriffe helfen uns nicht weiter. Unser Ziel soll keine gleiche Gesellschaft sein, sondern eine Gesellschaft, die sich ihrer Vielfalt und Unterschiede bewusst ist – und diese für die künftige Entwicklung nützt. Die Geschichte hat es gezeigt: Egalitaristische Gesellschaften verharren in Stagnation und Stillstand.

⁴ Agenda Austria & EUROMOD, 2022.

Das Konzept der Chancengerechtigkeit eröffnet ein auf die Zukunft gerichtetes, Entwicklung förderndes Gerechtigkeitsverständnis. Es ist besser in der Lage, Gerechtigkeitswerte abzubilden als ein auf das „Hier und Jetzt“ beschränktes Gleichheitsdenken. Gerade in Zeiten des technologischen und gesellschaftlichen Wandels müssen wir uns auf die Zukunft konzentrieren und die Beteiligungsgerechtigkeit an der Zukunft in den Mittelpunkt stellen.

Chancen nützen - oder auch nicht

Chancengerechtigkeit bedeutet: Menschen sollen von Anfang an die Chance haben, durch ihre Leistung und ihr Engagement an der gesellschaftlichen Entwicklung teilzuhaben. Dafür braucht es institutionelle Arrangements, die ihnen bestmögliche Startbedingungen gewährleisten. Chancengerechtigkeit gestattet Individuen den breiten Zugang zu Entwicklungspotenzialen. Ob und in welchem Ausmaß sie diese nützen, liegt in ihrer Verantwortung. Chancengerechtigkeit bedeutet auch die Freiheit, gebotene Chancen nicht zu nützen. Oder sich bewusst dagegen zu entscheiden – mit allen Konsequenzen.

Das Konzept der Chancengerechtigkeit hat nicht nur für Menschen Bedeutung, sondern auch für Regionen: Mehr Fairplay zwischen städtischen und ländlichen Räumen gibt es nur dann, wenn wir den unterschiedlichen Rahmenbedingungen unterschiedlicher Räume gerecht werden – und dafür entsprechende Hebel nutzen. Digitale Infrastrukturen gehören ebenso dazu wie ausreichend qualitative Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Prinzipien für Chancengerechtigkeit

Mit der Chancengerechtigkeit sind klare Prinzipien verbunden, die sich auch in unseren Institutionen niederschlagen müssen – vor allem Wahlfreiheit und Differenzierung.

Wahlfreiheit: Chancengerechtigkeit erfordert die bestmögliche Wahlfreiheit für Individuen. Es geht um die Vielfalt der Chancen,

die eigenverantwortlich genützt werden können. Das bedeutet etwa für unsere zentrale gesellschaftliche Chancenagentur, das Bildungssystem, dass sie Optionen offenhalten und Durchlässigkeiten sichern muss. Wahlfreiheit für mehr Chancengerechtigkeit ist aber nicht nur in Fragen der (Elementar-) Bildung, sondern auch der Gesundheit, der Pflege und von vielem mehr von Bedeutung. Wahlfreiheit erfordert entsprechende Instrumente, wie etwa Scheckmodelle.

Differenzierung: Chancengerechtigkeit anerkennt die Ungleichheit der Menschen und macht sie zum Ausgangspunkt institutioneller Leistungen. So muss das Bildungssystem künftig mehr denn je an den unterschiedlichen Neigungen, Begabungen und Talenten ansetzen. Differenzierung und größtmögliche Individualisierung sind die großen bildungspolitischen Herausforderungen. Maß des Bildungssystems sind die einzelnen Persönlichkeiten, und nicht die Gleichheit des Bildungsergebnisses. Differenzierung ist aber auch bei der Entwicklung und beim Angebot sozialstaatlicher Leistungen geboten. Unterschiedliche Herausforderungen erfordern unterschiedliche Lösungen für die Aktivierung von Personen, die etwa aus dem Arbeitsprozess herausgefallen sind. Das Sozialsystem darf keine große Hängematte sein, sondern muss aus einer Vielzahl von Trampolinen bestehen, die einen wieder in die Erwerbstätigkeit zurückbringen.

Reality-Check für Wahlfreiheit

Wir stehen vor der Herausforderung, dass zahlreiche Lebensbereiche den Reality-Check für Wahlfreiheit nicht oder noch nicht in dem Ausmaß bestehen, wie das wünschenswert ist. Statt ideologischer Debatten ist politische Innovationskraft gefragt. Aktuelle Beispiele dafür sind die Kinderbetreuung und die Beschäftigung älterer Arbeitskräfte.

Bei der Kinderbetreuung – die eigentlich frühkindliche Bildung sein muss – steht außer Frage, dass Eltern und insbesondere Frauen die Wahlfreiheit haben müssen, sich für Beruf und Kind zu entscheiden

und dafür unterstützend die Möglichkeit externer Betreuung und Bildung für ihr Kind in Anspruch nehmen zu können. Hier kann es österreichweit aufgrund der sehr unterschiedlichen Gegebenheiten wohl keine One-size-fits-all-Lösung geben.

Was es sehr wohl braucht, ist in Österreich das Bekenntnis zu einem gemeinsamen strategischen Zukunftsinvestment durch Bund, Länder, Gemeinden und Wirtschaft, etwa auch durch Umwidmungen bestimmter Lohnnebenkosten. Damit müssen strategische Anreize für Selbstorganisation und vielfältige Lösungen für qualitativ-hochwertige Kinderbetreuung verbunden werden. Neue Wege zur Sicherung frühkindlicher Bildung müssen uns allen ein Anliegen sein, weil sie Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit sichern.

Auch bei der Beschäftigung älterer Arbeitskräfte sind innovative Herangehensweisen gefragt. Viele ältere Arbeitskräfte wollen, statt in Pension zu gehen, noch eine Zeit lang weiterarbeiten, was ja vielfach auch im Interesse der Unternehmen ist, die alle Reserven zur Bewältigung des Arbeitskräftemangels mobilisieren müssen.

Die Wahlfreiheit, im eigenen Interesse ein paar Jahre länger zu arbeiten und seine Erfahrungen und Talente weiter zur Verfügung zu stellen, lässt sich mit einem einfachen Modell ermöglichen und fördern: Arbeitnehmer und Arbeitsgeber werden von lohnabhängigen Steuern und Pensionsbeiträgen befreit, es sind nur mehr Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge zu leisten. Effekt: Das Unternehmen wäre von einem Teil der teuren Lohnnebenkosten entbunden, der betreffende Mitarbeiter darf sich über einen höheren Nettolohn und eine weitere, sinnvolle Berufstätigkeit freuen – inklusive einer Zuzahlung aus der gesetzlichen Pensionsversicherung.

Diese beiden modellhaften Ansätze zeigen, dass wir viel mehr tun können und müssen, um Wahlfreiheit und damit Chancengerechtigkeit zu fördern, die letztlich allen Generationen zugutekommt.

Veränderung nutzen

Chancengerechtigkeit leistet mehr für die Zukunft als überkommene oder beliebig gewordene Gerechtigkeitsvorstellungen. Eine neue Kultur der Chancengerechtigkeit bringt mehr Chancen durch mehr Wahlfreiheit, bessere Bildung durch Differenzierung und sozialen Aufstieg durch bessere Bildung. Sie ermöglicht eine zukunftsverträglichere individuelle und gesellschaftliche Entwicklung.

Notwendig für Chancengerechtigkeit ist freilich auch eine Geisteshaltung, die Veränderung nicht als Bedrohung, sondern als Zukunftspotenzial sieht. Das ist gerade jetzt wichtig. Die digitale Transformation ist einer der größten Change-Prozesse überhaupt. Es liegt an uns, in welchem Ausmaß wir ihre Chancen für Wachstum und Wohlstand nutzen können. Unsere Veränderungsbereitschaft sichert uns bessere Start- und Erfolgchancen im internationalen Wettbewerb, der weiter an Dynamik gewinnen wird. Chancengerechtigkeit ist ein Wert, der uns in diesem Wettbewerb als ganze Gesellschaft weiterbringt.

Die Pflicht zur Ehrlichkeit

Die Vertrauenswerte in das politische System sind in Österreich weiter gesunken. Die Corona-Krise, die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges und Korruptionsdebatten haben die Kluft zwischen Bürgern und den öffentlichen Institutionen sowie den politischen Parteien vergrößert. Sie zu schließen und dadurch wieder mehr politische Handlungsfähigkeit zu gewinnen, ist eine Herausforderung der kommenden Zeit. Was uns dabei helfen kann, ist, den Wert der Ehrlichkeit auf- und ernst zu nehmen. Den Menschen klar zu sagen, was Sache ist – und was nicht. Und deutlich zu zeigen, was politisch machbar ist – und wo die Grenzen liegen.

Unangenehme Wahrheiten

Es ist ein offenes Geheimnis und eine Konstante des politischen Geschehens: Die Politik hat Angst vor unangenehmen Wahrheiten. Denn die nächsten Wahlen kommen bestimmt – und dann wird abgestraft, wer Unangenehmes angepackt hat oder anpacken will.

Das grundlegende Problem dahinter ist: Politik hat sich in maßloser Selbstüberschätzung zur Wunscherfüllungsmaschine hochstilisiert. Die Erwartungshaltungen an das, was Politik vermag, wurden auf Grundlage der intensiv gepflegten Staatsgläubigkeit über Jahre und Jahrzehnte in die Höhe geschraubt.

Wir leben in einer Anspruchsdemokratie. Alle „Zuckerln“ gehen vom Staat aus. Indem wir als Bürger aber immer mehr Ansprüche an die Politik richten, unterminieren wir zugleich

unsere Verantwortung und unser Potenzial, selbst Dinge in die richtige Richtung zu verändern.

Digitale Diskurse

Parallel zu dieser Entwicklung hat sich der politische und mediale Diskurs durch Digitalisierung und Social Media massiv verändert. Man muss offen bilanzieren: Die sozialen Medien haben nicht nur die machtpolitischen Karten neu gemischt, sie sind zur Herausforderung für die Demokratie geworden. „Tagespresse“-Gründer Fritz Jergitsch hat das in seinem Buch „Die Geister, die ich teilte“ sehr einprägsam beschrieben.

Vor allem aber haben Social-Media-Kampagnen die Relation zwischen Fakt und Fake komplett verändert. Diese Problematik wird durch die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz massiv verstärkt. Artifiziiell generierte Texte, Bilder und Videos sind von echten kaum oder nicht mehr zu unterscheiden. Wahr ist, was man teilt – und nicht das, was man weiß. Faktentreue und Ehrlichkeit gegenüber der Wirklichkeit scheinen für viele nicht nur abgeschafft, sondern gar keine Kategorie der Auseinandersetzung mehr zu sein.

Die dahinterstehende Problematik hat der amerikanische Moralphilosoph Harry G. Frankfurt in seinem berühmten Essay „Bullshit“ präzise auf den Punkt gebracht: „Bullshitten“ im moralphilosophischen Sinn meint, verkürzt gesagt, „einfach so zu tun, als ob“. Gegenüber der Wahrheit herrscht schlichtweg Indifferenz vor. Es ist egal, ob es sie gibt.

Das Bemühen und der Wille, mit der Wirklichkeit verantwortungsvoll umzugehen, sind jedoch Grundbedingungen für vernünftiges politisches Denken und Handeln – und damit für ehrliche und echte Problemlösung. Populistische Politiker links und rechts der Mitte sind daran nicht interessiert. Sie versuchen, Wirklichkeit nach ihren Eigenlogiken zu schaffen und am Leben zu erhalten. Die digitalen sozialen Medien sind dafür nicht nur

ein Nährboden, sondern ein Treib- und Tollhaus geworden. In einer gesellschaftlich unsicheren Großwetterlage, in der Ängstlichkeit wegen einer unbeherrschbar und ungestaltbar erscheinenden Zukunft die dominierende Stimmung ist, ist das eine auch strukturell hochproblematische Entwicklung.

Wenn Hysterie, Angstmacherei, Skandalisierung und öffentliches Brandmarken aus den Social-Media-Blasen in den allgemeinen medialen Diskurs überschwappen, dann kommt es zu einer Vergiftung unserer demokratischen Kultur. An einem wichtigen Standbein unserer Demokratie, des liberalen Rechtsstaates westlicher Prägung, wird bewusst oder unbewusst gesägt.

Realismus und Vernunft

Was also tun? Regulierung ohne Werteorientierung wäre zu wenig. Wir brauchen ein klares Ziel – und das muss lauten: Zurück zur Wirklichkeit. Besonderen Stellenwert hat dabei Ehrlichkeit, verstanden als „Anwältin“ der Realität. Ehrlichkeit ist zunächst eine notwendige Voraussetzung dafür, die hochgeschraubten Erwartungen an die Politik wieder zu reduzieren – und das in sehr vielen Handlungsfeldern.

Lange Zeit wurde etwa in Österreich die Mär verbreitet, Staat und Politik könnten Arbeitsplätze schaffen. Im nächsten Wahlkampf werden wir das garantiert wieder hören und lesen. Aber: Das können nur Unternehmen. Staat und Politik können hingegen durch wirtschaftsfeindliches Verhalten Arbeitsplätze vernichten. Weniger ist mehr: Diese Devise gilt auch für die Erwartungshaltungen, die wir der Politik entgegenbringen sollten.

Eine andere Erwartungshaltung, die ehrlich zu korrigieren ist, ist jene nach dem Staat als „Bankomat“ für alle. In Krisen ist staatlicher Einsatz zur Linderung wirtschaftlicher und sozialer Folgen gefragt – aber nicht jede Unbill des Alltags kann gleich bedeuten, dass der Staat das Scheckheft zückt, nicht jede

globale Veränderung kann gleich bedeuten, dass der Staat diese kompensiert. Und es darf nie vergessen werden: Es gibt per se kein „staatliches Geld“ – es gibt nur das Geld, das der Staat den Steuerzahlern bereits abgenommen hat, oder das er sich ausborgen muss und wir als Steuerzahler wiederum in der Zukunft zurückzahlen müssen.

Auch beim Thema Energiewende ist Ehrlichkeit gefragt. Wer sie von heute auf morgen durchsetzen will, muss dazusagen, dass dies mit erheblichen Wohlstands- und Sicherheitsverlusten verbunden wäre. Gänzliche Energieautarkie für Österreich ist ein frommer Wunsch und gerade als Land in der Mitte Europas als solcher auch hinterfragbar. Österreich ist vielmehr ein Netzknoten im Herzen Europas für Energieflüsse von Nord nach Süd und umgekehrt, egal ob Strom, Gas oder in der Zukunft auch Wasserstoff. Das Aufzeigen eines realistischen ideologiebefreiten Pfads zur Energiewende und den dafür notwendigen Rahmenbedingungen wäre der ehrliche Weg – und Ausdruck eines politisch verantwortungsvollen Erwartungsmanagements. Dass wir uns (weltweit) in einer Phase der Transformation befinden, ist unbestritten, aber statt einseitiger Ideologie brauchen wir ehrliche und praxisnahe Lösungen, um auch in Zukunft die Energieversorgung für Haushalte und Unternehmen zu sichern.

Ehrlich heißt auch, nicht nur A, sondern auch B zu sagen: Wenn wir die Klimaneutralität bei der Energieversorgung erreichen möchten, müssen wir auch (bürokratische) Hürden für den Ausbau von erneuerbaren Energien beseitigen und offen für alternative Technologien sein. Denn gerade Österreichs Wirtschaft ist mit ihren Innovationen Teil der Lösung und eine wesentliche Treiberin der Energiewende.

Auch im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen Russland war und ist Ehrlichkeit geboten: Sanktionen gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind mehr als geboten. Aber man muss Unternehmen und Menschen offen

sagen, was mit den Sanktionen auch für sie konkret verbunden ist und auf die Auswirkungen gut und rechtzeitig vorbereitet sein.

Grenzen des Wissens

Ehrlichkeit erfordert, in den vielen Bereichen, in denen wir Dinge einfach noch nicht wissen, dies auch zu sagen. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie war weltweit ein historischer Trial- & Error-Großversuch. Er hat uns die Abhängigkeit der Politik von Expertenwissen und die Notwendigkeit des Zusammenspiels zwischen Politikern, Experten und der Wirtschaft gezeigt.

Er hat uns aber auch gezeigt, dass wissenschaftliche Expertise in Prozessen und nicht von der universitären Kanzel herab entsteht. Auch Experten lagen mit ihren Prognosen immer wieder daneben, denn wissenschaftliche Herangehensweisen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse verbessern sich laufend. Heute können wir sagen: Wir haben die Covid-19-Krise bisher im Großen und Ganzen gut bewältigt – aber wir wissen auch, dass wir sehr vieles nicht gewusst haben und auch nicht wissen konnten. Man denke etwa an die Dauer des Impfschutzes oder die Dynamiken der Virus-Mutation. Realismus und Vernunft müssen daher integraler Teil einer Kultur der Ehrlichkeit sein.

Kommunikation jenseits des Alarmismus

Es ist in diesem Zusammenhang auch Zeit für eine neue Qualität der politischen Kommunikation. Wer Lösungen „verkaufen“ will, der muss zunächst Probleme richtig „verkaufen“. Soll heißen: Sachlich aufzeigen, wo Probleme und Herausforderungen auf uns zukommen; deutlich machen, was passiert, wenn nichts passiert; Problemen auf den Grund gehen, statt sie zu negieren. Wir brauchen somit Schön- und Schlechtwetterkommunikation.

Wir haben zu wenige sachliche „Problemverkäufer“, gleichzeitig aber zu viele Alarmisten, etwa im NGO-Bereich. Die Corona-Krise könnte ein Katalysator dafür sein, ein neues Verständnis

für expertenunterstützte, evidenzbasierte Information über Probleme und Lösungen zu entwickeln. Wirklichkeitsnähe und Vernunft müssen regieren, nicht Hysterie, Verschwörungstheorien und Alarmismus. Ingeborg Bachmanns Diktum, wonach die Wahrheit dem Menschen zumutbar ist, gilt mehr denn je – wengleich es mehr denn je Mut zur Wirklichkeit braucht.

Faire Transparenz

Ein wichtiges Instrument für mehr Ehrlichkeit in öffentlichen Belangen ist Transparenz. Alle Bestrebungen, politisches und staatliches Handeln transparenter zu machen, sind daher zu unterstützen. Ein Beispiel dafür ist das bereits historische Projekt einer Transparenzdatenbank bzw. das Transparenzportal: Es soll Leistungen und Gegenleistungen deutlich machen, aber auch aufzeigen, wie der Staat steuert – und wohin dies führt. Dies soll für alle Formen von staatlichen Leistungen gelten. Der Ansatz stimmt – aber klar ist auch: Wir haben bei diesem Instrument noch viel Luft nach oben. Transparente Datenlagen sind wichtig, um zu besseren Entscheidungen und Steuerungsmöglichkeiten zu kommen.

Es ist wichtig, staatliche Anreizsysteme auf den Prüfstand zu stellen: Nicht nur, um herauszufinden, ob das, was getan wird, richtig getan wird, sondern ob überhaupt das Richtige getan wird. In einer riesigen Umverteilungsmaschine, in der niemand mehr die Übersicht hat, lassen sich notwendige Reformen schlechter identifizieren und weniger umsetzen. Das ist nicht nur ein österreichisches Problem.

Selbstverständlich ist auch die Politik selbst gefordert, den eigenen Stall sauber zu halten. Korruption und Selbstbereicherung haben in der Politik absolut keinen Platz. Transparenz in der Parteienfinanzierung ist alternativlos.

Keine Doppelbödigkeit und keine doppelten Standards

Gleichermaßen gilt: Es darf freilich nichts Ehrenrühriges sein, eine politische Gruppierung, deren Werte, Haltungen und Ziele man teilt, egal, ob durch persönlichen oder finanziellen Einsatz – transparent – zu unterstützen. Das gehört zum Wesen der Demokratie. Es ist Ausdruck politischer Freiheit und Verantwortung. Jeder Bürger sollte selbst entscheiden können, ob er eine politische Partei, andere politische Akteure wie z.B. NGOs oder Sozial-, Sport- und Kulturinitiativen finanziell (mit einer Spende) oder persönlich unterstützt.

Auch hier ist Ehrlichkeit statt moralischer Doppelbödigkeit gefragt. Denn Faktum ist: Unter den jetzigen, verschärften Rahmenbedingungen für politische Parteien wäre heute die Gründung einer Partei wie NEOS nur schwer mit Erfolg möglich. Ehrlichkeit heißt auch, zwischen Parteien und ihnen nahestehenden Organisationen zu unterscheiden, deren Arbeit sich auf (politische) Bildungsaktivitäten, Forschungsprojekte oder wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Veranstaltungen und Publikationen bezieht. Sie sollen nicht nur Demokratie fördern, sondern sind für eine vitale Demokratie von hoher Relevanz.

Ehrlichkeit macht handlungsfähig

Mehr Ehrlichkeit in der Politik ist ganz wesentlich, um die Problemlösungsfähigkeit der Politik zu erhöhen. Denn Ehrlichkeit in der Politik heißt auch, dass Probleme rechtzeitig thematisiert werden – nämlich dann, wenn ihre Lösung meist auch finanziell noch vergleichsweise günstig kommt, und nicht erst dann, wenn durch Problemverschiebung ein Problem so angewachsen ist, dass es kaum mehr bewältigbar oder finanzierbar ist.

Werten vertrauen

Ehrlichkeit in der Politik ist ein Wert, der nicht nur die Politik zum Besseren verändern kann. Eine ehrlichere politische

Kultur reduziert den Politikverdruss und die Apathie. Mehr Ehrlichkeit schafft mehr Berechenbarkeit und Orientierung für die Bürger. Ehrlichkeit ist die Grundlage für eine neue politische Beteiligungskultur. Denn sie schafft, was fehlt: Wieder mehr Vertrauen in die Politik.

Vertrauen ist die Ressource, auf die es für politische Handlungsfähigkeit ankommt. Vertrauen lässt sich weder verordnen noch verschreiben. Vertrauen entsteht dort, wo Werte – wie Ehrlichkeit, Freiheit, Verantwortung, Chancengerechtigkeit und Solidarität – auch gelebt werden. Es braucht einen konsistenten und transparenten Werterahmen, auf den politisches Denken und Handeln referenzieren. Vertrauen ist die Grundlage von „Empowerment“, von Selbstveränderung, von Veränderung in Richtung Zukunft.

Werte ehrlich diskutieren

In der Wertediskussion geht es nicht um philosophische Rechthaberei, wer nun die richtigen Werte woher ableitet, sondern um empirische Evidenz und intellektuelle Redlichkeit: Welche Werte haben sich für die Entwicklung unserer Gesellschaft bewährt, welche nicht? Welche Werte müssen wir in unseren Institutionen besser verankern, welche führen zu falschen Anreizen? Welchen Werten tragen wir ausreichend Rechnung, welche anderen müssen wir fördern und fordern?

Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Chancengerechtigkeit und Ehrlichkeit sind aus unserer Sicht ein Wertekanon, der vernünftige Orientierungslinien für die Zukunft ermöglicht. Er schützt uns vor politischen Anmaßungen und wertelosem Populismus. Vor allem bringt er uns jene Gestaltungsmacht und Handlungsfähigkeit zurück, die wir gerade jetzt so dringend brauchen.

Für unsere Kinder. Für unsere Familien. Für unser Land.

Literatur & Verweise

Ackermann, Ulrike (2011):

Paternalismus und Ökodiktatur.

In: Neue Zürcher Zeitung, 19. September 2011, https://www.nzz.ch/paternalismus_und_oekodiktatur-ld.667027.

Ackermann, Ulrike (2008):

Eros der Freiheit. Plädoyer für eine radikale Aufklärung.

Stuttgart: Klett-Cotta.

Dahrendorf, Ralf (2003):

Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Eine Politik der Freiheit für das 21. Jahrhundert.

München: C. H. Beck Verlag.

Frankfurt, Harry (2005):

On Bullshit.

Princeton: Princeton University Press.

(dt. Übersetzung: Frankfurt, Harry (2006): *Bullshit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.)

Fritz Jergitsch, Fritsch (2021):

Die Geister, die ich teilte. Wie soziale Medien unsere Freiheit bedrohen.

Wien: Residenz Verlag.

Erhard, Ludwig (1957):

Wohlstand für Alle.

Düsseldorf: Econ.

Schirach, Ferdinand von (2021):

Jeder Mensch.

München: Luchterhand.

Sinn, Hans-Werner (2022):

Sinn: „Inflation ist eine Katastrophe für Europa“.

In: ÖAW, 10. März 2022,

<https://www.oeaw.ac.at/news/inflation-ist-eine-katastrophe-fuer-europa>.

Harald Mahrer

Dr. Harald Mahrer (geb. 1973) ist seit Dezember 2017 Präsident des Österreichischen Wirtschaftsbundes, seit Mai 2018 Präsident der Wirtschaftskammer Österreich und wurde im September 2018 auch als Präsident der Österreichischen Nationalbank bestellt. Bis Dezember 2017 war er Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, davor war er seit 1. September 2014 Staatssekretär im Ressort. Der Absolvent der Wirtschaftsuniversität Wien sammelte politische Erfahrung als Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft und schloss danach sein Doktorat der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ab. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Forschungsassistent startete er als Geschäftsführer die legend Consulting GmbH, leitete später Österreichs führende PR- und Strategie-Agentur Pleon Publico und war über 15 Jahre als Förderer von Start-ups und als Business Angel aktiv. Von 2011 bis 2015 war er Präsident der Julius Raab Stiftung und veröffentlichte in dieser Zeit die Buchreihe zu den fünf Werten der Stiftung: Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Chancengerechtigkeit und Ehrlichkeit.

Ohne Werte bauen wir unsere Zukunft auf Treibsand. Mit Werten haben wir Fundament und Leitplanken für eine Zukunft, in der wir handlungsfähig sind und bleiben. Werte und Souveränität in der Zukunft gehen gerade jetzt Hand in Hand - in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht. Die Julius Raab Stiftung präsentiert ein aktualisiertes „Werteportfolio“ jener Werte, die für Österreichs künftigen Weg entscheidend sein werden. Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Chancengerechtigkeit, Ehrlichkeit - wir sind mehr denn je dafür!

edition noir

ISBN: 978-3-9504939-6-2